

UND WAS HAT SICH BIS HEUTE GEÄNDERT?

Neue Herausforderungen – alter Rassismus

Der in der Mehrheitsgesellschaft tief verwurzelte Antiziganismus dauert bis heute an. Sinti und Roma werden immer noch regelmäßig Opfer diskriminierender Vorfälle und gewalttätiger Übergriffe.

DOKUMENTATION ANTIZIGANISTISCHER VORFÄLLE

Der Berliner Verein Amaro Foro dokumentiert seit 2014 antiziganistische Vorfälle und Medienberichte in Berlin. Im Jahr 2016 wurden insgesamt 568 Vorfälle erfasst, 146 davon wurden von den Betroffenen direkt gemeldet.



Gemeldete Vorfälle aus dem Jahr 2016. © Amaro Foro e.V.

Diese Zahlen sind nicht repräsentativ – es ist von einer deutlich höheren Dunkelziffer auszugehen. Die Zahl der Meldungen hängt unter anderem vom Bekanntheitsgrad des Projekts und dem Sensibilisierungsgrad in der Bevölkerung ab. Die Dokumentation gibt es unter www.amaroforo.de.

DIE SITUATION VON ZUGEWANDERTEN ROMA

Ab den 1960er Jahren kamen Roma aus Jugoslawien nach Deutschland: Einerseits als „Gastarbeiter_innen“, andererseits weil sie in ihrer Heimat diskriminiert wurden und unter prekären Umständen leben mussten. In Deutschland waren die Lebensbedingungen ebenfalls schlecht, z. B. lebten etwa 400 Roma separiert auf dem Butzweiler Hof in Köln, ohne dass die Stadt Infrastruktur bereitstellte:

» Was bei einem ersten Gang über den Lagerplatz schon offensichtlich ist, wird in diesem Gutachten durch genaue Beschreibung einzelner kranklicher Kinder belegt: die Kinder leiden an [...] Störungen aufgrund der Armut [...]. Weil die oben beschriebenen Lebensbedingungen bestehen und gegen die Artikel des Grundgesetzes verstoßen, die die Würde des Menschen und seine körperliche Unversehrtheit schützen, sind die politischen und

juristischen Verantwortlichen verpflichtet, diese Lebensbedingungen zu ändern. «

Kinderarzt Peter Stankowski in einem Gutachten vom 22. November 1988.



1990 gab es große Demonstrationen gegen geplante Abschiebungen von Roma aus Nordrhein-Westfalen. Der sogenannte Bettelmarsch dauerte 6 Wochen und setzte sich in ganz Deutschland fort. © Rom e.V.

In den 1990er Jahren zwangen die Kriege im ehemaligen Jugoslawien viele Roma zur Flucht. Die meisten von ihnen wurden in Deutschland erst einmal geduldet, bekamen aber keine Aufenthaltserlaubnis. Viele von ihnen hatten Probleme eine Wohnung zu finden und eine Arbeitserlaubnis zu bekommen.

RASSISTISCH MOTIVIERTE STRAFTATEN

» Beispiel Darmstadt



Eine Roma-Familie steht im August 1983 (ausgesagt) vor dem Resten des Hauses, in dem sie vor kurzem noch wohnte. © Archiv Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma

Seit 1980 lebten einige wenige Roma-Familien in Darmstadt. In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar 1982 wurde auf die Unterkunft mehrerer Roma-Familien ein Sprengstoffanschlag verübt. Die Familien konnten sich retten und blieben unverletzt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) titelte in den darauffolgenden Tagen: „Sprengstoffanschlag gegen Landfahrer“ (4. Januar 1982) und „Den Nachbarn sind die Roma ein Dorn im Auge“ (5. Januar 1982).

Zudem ließ der Darmstädter Oberbürgermeister Günther Metzger im August 1983 ohne jede Ankündigung die Wohnhäuser, in denen vier der Roma-Familien lebten, wegen angeblicher Seuchengefahr abreißen.

Die Familien befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Urlaub und konnten so weder ihren Hausrat noch private Erinnerungsstücke retten. Auch die Kupferwerkstatt, die Existenzgrundlage der Familien, wurde zerstört. In einer Stellungnahme unmittelbar nach dem Vorfall verurteilte der Zentralrat den Abriss als „schlimmstes Beispiel für Rassismus seit 1945“.

» Beispiel Oberwart



Die Opfer des Anschlags von Oberwart: Josef Simon (48), Peter Schödel (27), Karl Horvath (22) und Erwin Horvath (19). © Verein Roma Oberwart

Am 5. Februar 1995 wurden bei einem gezielt gegen Roma gerichteten Sprengstoffanschlag vier Bewohner einer Siedlung im österreichischen Oberwart ermordet. Der Täter Franz Fuchs wurde erst im Oktober 1997 festgenommen. Er wurde im März 1999 zu lebenslanger Haft verurteilt, ein Jahr später beging er Selbstmord.

SITUATION SEIT 2014

Seit 2014 hat sich die aufenthaltsrechtliche Situation für geflüchtete Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien deutlich verschärft. Mit der Einstufung Serbiens, Mazedoniens, Bosnien-Herzegowinas (alle drei 2014), Albanien, Montenegros und des Kosovos (alle drei 2015) als „sichere Herkunftsstaaten“ wurden Abschiebungen in diese Staaten für die deutschen Behörden deutlich erleichtert.

Viele der in den letzten Jahren abgeschobenen Roma sind in Deutschland aufgewachsen oder sogar geboren und werden nun in ein für sie fremdes Land abgeschoben. Die Situation in den als „sicher“ geltenden Ländern hat sich für Angehörige der Minderheit kaum verbessert. Noch immer müssen viele Roma in Ghettos außerhalb der Städte leben und leiden unter Diskriminierung und Ausgrenzung. Sie haben kaum Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und sind immer wieder Opfer rassistisch motivierter Gewalt.

» Beispiel: Der „Fall Maria“



Romani Rose bei der Bundesdelegiertenkonferenz am 5. November 2013 zum „Fall Maria“. © Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Rassistisch motivierte Straftaten werden bis heute vergleichsweise selten als solche gewertet und von der Polizei verfolgt. Gegen das Vorgehen von Polizei und Behörden sowie die mediale Berichterstattung gab und gibt es immer wieder Proteste verschiedener (Selbst-)Organisationen, wie z. B. im „Fall Maria“. Die griechische Polizei hatte ein blondes Mädchen aus einer Roma-Familie geholt, weil das Kind ihrer Ansicht nach nicht zur Familie gehören könne. Ein DNA-Test belegte, dass Maria das leibliche Kind ihrer Eltern ist.